

Pressemitteilung

Nr. 007/2026

Kiel, 15.01.2026

Stellv. Pressesprecherin Merle Bornemann, Tel. 0173-2587774

Wohnungslosigkeit darf nicht unter dem Radar laufen

Immer mehr Menschen rutschen in die Wohnungs- oder Obdachlosigkeit, doch in Schleswig-Holstein mangelt es an handfesten Daten und Leitlinien zum Thema. Die SSW-Fraktion möchte Licht ins Dunkel bringen und fordert die Landesregierung auf, einen Bericht über die Situation wohnungs- und obdachloser Menschen in Schleswig-Holstein vorzulegen (Drucksache 20/4001).

Wenn draußen Minusgrade, eiskalter Wind und Schneetreiben herrschen, bricht für die Tausenden Menschen ohne ein Dach über dem Kopf die härteste Zeit des Jahres an. „Wer keinen Platz in einer Notunterkunft ergattern kann, muss hoffen, einen Hauseingang zu erwischen, der zumindest etwas Schutz bietet. Doch das ist kein menschenwürdiges Dasein und kein Zustand, den wir als Gesellschaft so hinnehmen dürfen“, mahnt Christian Dirschauer, Vorsitzender der SSW-Landtagsfraktion.

Er bemängelt, dass es viel zu wenig Wissen über die Situation wohnungs- und obdachloser Menschen im Norden gibt. Deshalb fordert er die Landesregierung auf, einen umfassenden Bericht zu diesem Thema vorzulegen. „Denn wir brauchen dringend ein klareres Bild von der prekären Lage, die immer mehr Menschen erwischt. Wohnungslosigkeit darf nicht unter dem Radar laufen. Wir können uns als Land und Sozialstaat nicht erlauben, bei diesem heiklen Thema nur im Nebel zu stochern.“

Ein großes Problem sei die sehr lückenhafte Datenlage mit hoher Dunkelziffer. Die Erfassung ist in den Studien immer an eine Beratungsstelle gebunden. Jedoch gehen nicht alle Personen, die bei Dritten unterkommen oder sich auf der Straße aufhalten, automatisch in eine Beratungsstelle. Außerdem gibt es immer noch Kommunen, die keine Zahlen melden – ein für Dirschauer „unbegreiflicher Zustand“. Neben den absoluten Zahlen zur Entwicklung Obdach- und Wohnungsloser interessiert Dirschauer auch, wie die Notunterkünfte ausgelastet sind, wie die Hilfs- und Beratungsangebote miteinander vernetzt sind und welche Erkenntnisse es zu Gewaltvorfällen gibt.

Im Übrigen verlangt das Thema auch deshalb mehr Aufmerksamkeit, weil der Bund ein ambitioniertes Ziel verfolgt: Bis 2030 soll die Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland überwunden werden. So steht es im Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit. Hier erwartet die SSW-Fraktion dringend einen Fahrplan der Landesregierung, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Zum Berichtsantrag:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/04000/drucksache-20-04001.pdf>